

KONVENT DER 33

SYNOPSIS: NEUNTE SITZUNG vom 23.09.2016

Grundsatzdiskussion zu *SELBSTBESTIMMUNG*

Beginn Sitzung: 18.05 Uhr

Ende Sitzung: 21.03 Uhr

Anzahl der abwesenden Mitglieder: 4

(Andreis Janah Maria, Durnwalder Luis, Hochgruber Kuenzer Maria, Silvestri Alexandra)

Wortprotokoll: abrufbar auf www.konvent.bz.it

(Anzahl der Wörter: 16.033; Seiten: 55)

Schlagwörter: (Recht auf) Selbstbestimmung, Autonomie, Prozess, Präambel, Sezession

Wortmeldungen: 70 (1 vom Landtagsabgeordneten Urzì, siehe Art. 5 Abs. 5 LG Nr.3/2015);

Personen, die sich zu Wort gemeldet haben: 25 (1 vom Landtagsabgeordneten Urzì)

Allgemeine Vorbemerkungen

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zusammenfassungen der Sitzungen des Konvents der 33 nicht um ein Ergebnisprotokoll handelt, sondern um eine Synopse rein inhaltlicher Natur. Aufgezeichnet werden die verschiedenen Positionen bzw. Vorschläge, die während der Sitzungen aufgeworfen wurden. Dabei wird keine Wertung der Aussagen vorgenommen und keine repräsentative Grundgesamtheit gesucht. Ebenso wird von jeglicher politischer Wertung, einer wissenschaftlichen Analyse und der namentlichen Nennung der Konventsmitglieder abgesehen. Eine Ausnahme wird in Bezug auf Impulsgeber oder Experten gemacht, die während der Sitzungen referieren. Die Synopse wird von der EURAC in deutscher Sprache verfasst und zur Freigabe dem Präsidium des Konvents der 33 übermittelt. Nach dem Aufzeichnen von Grundsätzlichem und den Kernaussagen wird – sofern vorhanden – auf Dokumente verwiesen, die in den Sitzungen andiskutiert bzw. dem Konvent der 33 übermittelt wurden und für dessen Arbeit relevant sind (Anlagen in Originalsprache). Aufzählungen erfolgen im Regelfall in alphabetischer Reihenfolge. Beim Verfassen der Synopsen bemüht man sich um die Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe, doch sei darauf verwiesen, dass alle nicht geschlechtsneutral verwendeten Begriffe durchgehend für die weibliche als auch männliche Bezeichnung stehen. Die Wortprotokolle und die Aufzeichnungen der Sitzungen sind auf www.konvent.bz.it unter Dokumente bzw. Videos abrufbar.

1. Begrüßung des neuen Mitglieds Toniatti

Zu Beginn der Sitzung wird Roberto Toniatti als neues Mitglied des Konvents der 33 vorgestellt. Der aus Triest stammende Universitätsprofessor ersetzt den aus beruflichen Gründen ausgeschiedenen Francesco Clementi und wurde am 14. September vom Südtiroler Landtag als Rechtsexperte in den Konvent der 33 entsandt. Toniatti studierte Rechtswissenschaften in Bologna und war 12 Jahre lang Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Trient.

2. Kernaussagen der verschiedenen Diskussionsbeiträge

a) Schwerpunkt Gesetzgebungskompetenzen (Diskussion am 9.9.2016)

Als Ergänzung wird auf die Wichtigkeit der Steuerhoheit hingewiesen. Besonders zu Gute kommen würde die Steuerhoheit z.B. der Familienpolitik (Anerkennung der Arbeit von Hausfrauen und Müttern, Einführung der Besteuerungsmethode des „Familiensplitting“ wie in Frankreich sowie experimentelle Anwendung des Systems der Mitbestimmung/Mitverwaltung im Bereich des Unternehmertums). Ebenso zu beachten seien auch der Ausbau der direkten Demokratie und das Einwanderungsthema.

b) Zitierte Rechtsgrundlagen und Grundsätzliches zur Definition des Rechts auf Selbstbestimmung

Als Rechtsgrundlagen werden genannt: Art. 1 Abs. 1 der UN-Menschenrechtspakte von 1966, die Italien 1977 ratifizierte; die Helsinki Schlussakte der KSZE von 1975; die Wiener Menschenrechtsdeklaration von 1993; die Satzung der Vereinten Nationen (verwiesen wird auf die „Positionierung“ des Selbstbestimmungsrechts der Völker). Das Recht auf Selbstbestimmung sei Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte und als *ius cogens* nicht konsumierbar.

Beim Recht auf Selbstbestimmung sei zwischen dem inneren (internen) und dem äußeren (externen) Recht auf Selbstbestimmung zu unterscheiden. Angemerkt wird, dass es in der Völkerrechtslehre keine einhellige Meinung zum Recht auf äußere Selbstbestimmung und zur Anwendung eines solchen gebe. In Südtirol gebe es derzeit keine Menschenrechtsverletzungen; Südtirol sei institutionell auf allen Regierungsebenen gut vertreten. Nichtsdestotrotz solle man an einem „remedialen Selbstbestimmungsrecht“, das auf der völkerrechtlichen Grundlage des Gruber-Degasperi Abkommens („Magna Charta“) fußt, als Instrument der Friedenssicherung festhalten. Das Selbstbestimmungsrecht sei ein unverzichtbares übergeordnetes Recht und als solches auch im Parteistatut der SVP verankert. Auch der Südtiroler Landtag habe mittels Landtagsbeschluss festgestellt, dass das Recht auf Selbstbestimmung für die Südtiroler unverzichtbar bleibe.

Es wird andiskutiert inwiefern der Begriff „Volk“ klar definierbar sei. Man verweist darauf, dass in den Menschenrechtspakten ausdrücklich von „peoples“ und nicht von „nations“ gesprochen wird und stellt zur Diskussion ob sich „Volk“ mit dem Nationalitätenbegriff oder mit dem territorialen Begriff deckt.

Für die Selbstbestimmung sei grundsätzlich eine Willensbekundung durch das Volk notwendig. Als beste Methode zur Feststellung des freien Willens einer Bevölkerung wird die Volksabstimmung angeführt. Als internationale Beispiele werden in den Gesprächsbeiträgen Island, Montenegro,

Slowenien, Kosovo, Schottland (bereits getätigtes Referendum), Québec (bereits zweimalige Abstimmung) und das zweistufige Modell nach Vorbild des Schweizer Kantons Jura genannt.

c) Die Diskussion zum Recht auf Selbstbestimmung und zu Selbstbestimmung als Prozess

Kontrovers diskutiert wird, inwieweit es Aufgabe des Konvents der 33 sei, über Selbstbestimmung im Sinne eines Sezessionsrechts zu sprechen und inwiefern man gleichzeitig über Autonomie und Selbstbestimmung sprechen könne. Einerseits wird festgehalten, dass jedes Mitglied des Konvents der 33 frei sei, über alles zu sprechen und Vorschläge jeglicher Art in die Diskussion mit einzubringen (wie bei den Arbeiten der Open Space-Veranstaltungen und dem Forum der 100). Andererseits wird auf das Landesgesetz Nr. 3/15 zum Autonomiekonvent verwiesen, welches von der Überarbeitung des Autonomiestatuts spricht. Dies bedeute, dass man ausschließlich über die innere Selbstbestimmung diskutieren solle, also über die Weiterentwicklung der Autonomie im Sinne der Erweiterung und Verbesserung des Kompetenzkatalogs unter Berücksichtigung der Einbettung der Anliegen Südtirols im Regionalstatut bzw. unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben. Landtagsabgeordneter Urzi, der von seinem Recht auf Anhörung Gebrauch macht, fordert den Konvent der 33 auf, nicht über Sezession und Selbstbestimmung zu diskutieren (Thema im Konvent der 33 sei der Ausbau der Autonomie). Präsident Tschurtschenthaler legitimiert eine offene Diskussion zur Selbstbestimmung, indem er betont, dass es eines der 5 Makrothemen ist, die vom Konvent der 33 mittels Konsens beschlossen wurden.

Der Ausbau der Selbstverwaltung und des Minderheitenschutzes seien das Ziel. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass die territoriale Autonomie kein Ergebnis des Selbstbestimmungsrechts der Südtiroler sei, sondern eine Erscheinungsform des speziellen Minderheitenschutzes. Die innere Selbstbestimmung solle zu einer „echten internen Selbstbestimmung“ ohne Schranken (Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis und die Vormachtklausel) führen. Aufgrund der Schranken und dadurch, dass Südtirols Autonomie von Rom beschnitten worden sei und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs oft zu Ungunsten Südtirols ausfalle, könne man nur von einer „Teilautonomie“ sprechen, weswegen der Wunsch nach externer Selbstbestimmung aufkomme.

Der gesellschaftliche Prozess der Selbstbestimmung im sozio-politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich sei schon im Gange. Sollte Südtirol ein „Sezessionsreferendum“ mit eventuellem negativem Ausgang durchführen, dann könnte die Südtirol-Frage eine rein innerstaatliche Angelegenheit werden. Es wird darauf verwiesen, dass es aus völkerrechtlicher Sicht nicht so weit kommen würde.

Wichtig sei es, Selbstbestimmung als einen demokratisch legitimierten gesellschaftlichen Prozess anzusehen, der eine „Win-Win Situation“ für alle Sprachgruppen Südtirols („Interessensgemeinschaft Südtirol“) darstelle. Dann könne man sowohl über Autonomie als auch über Selbstbestimmung sprechen (Verweis auf das *Good Friday Agreement*). Es sei nämlich nicht korrekt, Selbstbestimmung mit Unabhängigkeit oder Sezession gleichzusetzen. Die Unabhängigkeit sei ein mögliches Ziel des Prozesses der Selbstbestimmung. Ein Ziel könne aber auch die Beibehaltung des *status quo* sein.

Durch die Willensbekundung des Volkes innerhalb eines ergebnisoffenen Prozesses könne ein bilateraler und kein einseitiger Selbstbestimmungsprozess gestartet werden. Man könne die Bevölkerung Südtirols auch vorab befragen, ob sie einen solchen Prozess der Selbstbestimmung überhaupt starten wollen würde (in Anlehnung an den Völkerrechtler Felix Ermacora). Ein institutionalisierter Prozess zum „Dauerbrenner Selbstbestimmung“ sei keine Ja-Nein-Abstimmung, sondern ließe einen unbelasteten Dialog zu, der „Kräfte im positiven Sinne“ freisetzen würde und in dem alle politischen und inhaltlichen Aspekte geklärt würden. Das Ziel könne ein breit angelegter direktdemokratischer partizipativer „Prozess der Selbstdefinition“ (Völkerrechtler Daniel Turp) über das Thema Selbstbestimmung sein, der die Bürgerinnen und Bürger aller drei in Südtirol lebenden autochthonen Sprachgruppen sowie die neuen Südtirolerinnen und Südtiroler mit einbezüge. So könne ein unabhängiges Südtirol einen „mehrsprachigen Quellcode“ haben, das *per se* auf Mehrsprachigkeit aufbaue und innerhalb dessen sich niemand aufgrund seiner sprachlichen Zugehörigkeit erklären müsse.

Bei der Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung als Prozess sei es notwendig mögliche zukünftige Szenarien wie die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit durchzuspielen. Der Prozess bestünde sowohl aus einem inhaltlichen als auch aus einem politischen Part (Verhandlungen, Suche nach Verbündeten, Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags und Vorlage in Rom). Das Thema der Selbstbestimmung als Prozess könne auch getrennt vom Autonomiekonvent z.B. in einem Konvent 2.0 durchexerziert werden.

Die Südtirolerinnen und Südtiroler hätten im Gegensatz zu den anderen Regionen bis jetzt noch nie das Recht gehabt, darüber abzustimmen ob Südtirol bei Italien bleiben soll oder nicht. Eine Volksabstimmung stehe den Südtirolerinnen und Südtirolern auch aufgrund des in der italienischen Verfassung festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatzes zu.

d) Präambel Autonomiestatut: Funktion und mögliche Inhalte

Eine Präambel habe aus rechtlicher Sicht keine bindende Wirkung, jedoch habe sie deklaratorischen Auslegungscharakter. Sie diene zur Auflistung von Grundsätzen.

Konkret in der Präambel des Statuts festgeschrieben werden können: die internationale Verankerung der Südtirol-Autonomie (Gruber-Degasperi-Abkommen; Unterschied zu anderen Autonomien in Italien und Europa); der Grundsatz der europäischen Integration; der Grundsatz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Verweise auf die Nachbarregionen, die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino und die Gebiete im Alpenraum); ebenso könnte die Schutzfunktion Österreichs enthalten sein.

Ein erfolgreicher europäischer Integrationsprozess sei nur über die Regionen als „*emerging powers*“ möglich. In Zeiten der Globalisierung erlebe man eine Denationalisierung sowie einen Bedeutungsverlust der Nationalstaaten. Die Nationalstaaten würden in Zukunft wohl ihre Stärke verlieren, allerdings „Herren der Verträge“ bleiben. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Körperschaften öffne für den europäischen Integrationsprozess Türen.

Nachfolgend die Positionen zur Festschreibung des Rechts auf Selbstbestimmung in der Präambel und/oder im Statut: das Recht auf Selbstbestimmung soll in die Präambel mit aufgenommen

werden mit der Befugnis, über die eigene staatliche Zugehörigkeit frei zu entscheiden; das Recht auf Selbstbestimmung soll in der Präambel deutlich verankert sein, denn so könne Südtirol Druck aufbauen und sich Verhandlungskraft sichern für den Ausbau der Autonomie, wobei die Sezession und die Abspaltung von Italien das Endziel wären und der Freistaat als Zwischenschritt zu einer späteren Wiedervereinigung mit dem Vaterland Österreich (das Ergebnis müsse nicht in das Statut, der bilaterale demokratische Prozess als Option schon); in der Präambel soll hingewiesen werden auf ein demokratisches Selbstbestimmungsrecht der drei Sprachgruppen, die in Südtirol vertreten sind; das Bekenntnis zum Recht auf Selbstbestimmung soll verankert werden; das Recht auf Selbstbestimmung soll sowohl in der Präambel als auch im normativen Teil des Statuts sein (als Selbstbestimmungsprozess, das auf bilateralen Verhandlungen fußt); eine *de facto* „Prozeduralisierung“ des Selbstbestimmungsrechts im Statut sprengt nicht nur den Rahmen, den das Landesgesetz Nr. 3/15 vorgibt, sondern sei auch unrealistisch und die Definition eines solchen Prozesses wäre durch ein hohes Konfliktpotential gekennzeichnet; eine Festschreibung des Selbstbestimmungsrechts als friedlichen Prozess im Autonomiestatut (verfassungsrechtliche Ebene) würde das Selbstbestimmungsrecht als übergeordnetes Recht für Südtirol schmälern, denn es sei auf einer ganz anderen Ebene (völkerrechtliche Ebene) verankert; es sei nicht notwendig das Selbstbestimmungsrecht mit im Statut aufzuführen, da man sich auf jenes in jedem Moment beziehen könne.

Verwiesen wird auch auf die Durchführungsbestimmung Nr. 266/92 (Inhalte und Methode der Ausarbeitung) als eine Art Präambel. Konkret wird eine Anhörung der verantwortlichen italienischen und österreichischen Ministerien vorgeschlagen.

3. Anlagen

- Legislativdekret Nr. 266/1992
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 1 - 1966
- Schlussakte der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975
- Wiener Menschenrechtskonvention 1993

CONVENZIONE DEI 33

SINOSSI: NONA RIUNIONE del 23.09.2016

Discussione di principio sull' *AUTODETERMINAZIONE*

Inizio della seduta: ore 18.05

Termine della seduta: ore 21.03

Numero dei membri assenti: quattro

(Andreis Janah Maria, Durnwalder Luis, Hochgruber Kuenzer Maria, Silvestri Alexandra)

Resoconto integrale: scaricabile dal sito: www.convenzione.bz.it

(numero delle parole: 16.033; pagine: 55)

Parole chiave: (diritto) di autodeterminazione, autodeterminazione, processo, preambolo, secessione

Interventi: 70 (1 del Consigliere provinciale Urzì, v. art. 5 comma 5 della LP n. 3 del 2015); persone che hanno chiesto la parola: 25 (1 del Consigliere provinciale Urzì).

Osservazioni preliminari di carattere generale

Si fa presente che la sintesi delle riunioni della Convenzione dei 33 non rappresenta un verbale redatto in forma riassuntiva circa i risultati ma una sinossi circa il mero contenuto. Vengono registrate le diverse posizioni e proposte che emergono dalle riunioni, senza valutare le affermazioni espresse e senza cercare una totalità rappresentativa. Allo stesso modo si prescinde da qualsiasi valutazione politica, da un'analisi scientifica e dalla citazione dei nominativi dei componenti la Convenzione; un'eccezione viene fatta per i promotori oppure per gli esperti che tengono delle relazioni durante le riunioni. La sinossi viene redatta in lingua tedesca dall'EURAC e trasmessa per l'approvazione all'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33. Dopo la registrazione di aspetti sostanziali e di affermazioni centrali si fa riferimento a documenti – purché presenti - che sono stati discussi durante le riunioni o che sono stati trasmessi alla Convenzione dei 33 e che sono importanti per il suo lavoro (allegati in lingua originale). Le elencazioni di norma avvengono in ordine alfabetico. Nella redazione delle sinossi ci si adopera affinché vengano utilizzati concetti neutri rispetto al genere, tuttavia si fa presente che tutti i concetti utilizzati non sono neutri rispetto al genere ma che comunque sono da intendersi come concetti che valgono sia per la forma maschile sia per quella femminile. I verbali integrali e le registrazioni delle riunioni sono disponibili sul sito www.convenzione.bz.it sotto documenti o video.

1. Saluto del nuovo componente Toniatti

All'inizio della riunione viene presentato il nuovo componente della Convenzione dei 33, Roberto Toniatti. Il docente universitario di Trieste sostituisce il dimissionario Francesco Clementi, che ha lasciato l'incarico per motivi professionali. Il 14 settembre il prof. Toniatti è stato inviato nella Convenzione dei 33 dal Consiglio provinciale di Bolzano come esperto in materia giuridica. Ha studiato giurisprudenza a Bologna e per 12 anni è stato il Decano della facoltà di giurisprudenza dell'Università di Trento.

2. Affermazioni sostanziali dei diversi interventi

a) Focus sulle competenze legislative (discussione del 9.9.2016)

Ad integrazione viene fatta presente l'importanza dell'autonomia impositiva. Sarebbe particolarmente vantaggiosa ad esempio per la politica familiare (riconoscimento del lavoro delle casalinghe e madri, introduzione di un metodo di tassazione secondo il metodo del "quoziente familiare" come in Francia nonché applicazione sperimentale del sistema di codecisione/cogestione nel settore dell'imprenditoria). Dovrebbero essere inoltre considerati anche il potenziamento della democrazia diretta e il tema dell'immigrazione.

b) Basi giuridiche citate ed aspetti sostanziali della definizione del diritto di autodeterminazione

Come basi giuridiche vengono citate: l'art. 1 comma 1 dei Patti internazionali sui Diritti dell'uomo delle Nazioni Unite del 1966 e ratificati dall'Italia nel 1977; l'Atto finale della conferenza OECD di Helsinki del 1975; la Dichiarazione di Vienna sui diritti dell'uomo del 1993; lo statuto delle Nazioni Unite (viene fatto riferimento al "posizionamento" del diritto di autodeterminazione dei popoli). Il diritto di autodeterminazione dei popoli sarebbe il presupposto per l'attuazione dei diritti dell'uomo e non fruibile come *jus cogens*.

Nel diritto di autodeterminazione bisogna distinguere tra diritto di autodeterminazione interno ed esterno. Si osserva che nella dottrina sul diritto internazionale non vi è un'opinione univoca sul diritto all'autodeterminazione esterna e sulla sua applicazione. In Alto Adige attualmente non vi sono violazioni dei diritti umani e l'Alto Adige è ben rappresentato a livello istituzionale. Ciononostante bisognerebbe insistere su un diritto di autodeterminazione riparatore che assicuri la pace e si basi sull'Accordo Gruber - De Gasperi ("Magna Carta"). Il diritto di autodeterminazione è un diritto sovraordinato e come tale ancorato anche nello statuto della SVP. Anche il Consiglio provinciale di Bolzano ha stabilito mediante una delibera che il diritto di autodeterminazione rimane irrinunciabile per i sudtirolesi.

Si discute fino a che punto il concetto di "popolo" sia chiaramente definibile. Si fa presente che nei Patti sui diritti dell'uomo si parla espressamente di "popoli" e non di "nazioni" e si pone in discussione se il concetto di popolo copra quello di nazionalità o quello territoriale.

Per l'autodeterminazione è fondamentale una dimostrazione di volontà da parte del popolo e il metodo migliore per dimostrare la volontà della popolazione è la consultazione popolare. Negli interventi vengono citati quali esempi internazionali l'Islanda, il Montenegro, la Slovenia, il Cossovo, la Scozia (referendum già effettuato), il Québec (votazione espressa due volte) e il modello bifase secondo l'esempio del cantone svizzero del Giura.

c) La discussione sul diritto di autodeterminazione e sull'autodeterminazione come processo

Viene discusso in modo controverso sino a che punto sia compito della Convenzione dei 33 parlare di autodeterminazione nel senso del diritto di secessione e fino a che punto si possa parlare contemporaneamente di autonomia ed autodeterminazione. Da un lato viene precisato che ciascun componente della Convenzione dei 33 è libero di parlare di tutto e possa sottoporre alla discussione proposte di qualsiasi tipo (come avviene per i lavori dell'Open Space e del Forum dei 100). D'altro canto si rimanda alla legge provinciale n. 3 del 2015 sulla Convenzione per la riforma dello Statuto. Ciò significa che si può discutere esclusivamente dell'autodeterminazione interna, per cui dell'evoluzione dell'autonomia nel senso di un ampliamento e miglioramento del catalogo di competenze, tenendo presente il collocamento delle questioni altoatesine nello statuto regionale o considerando le prescrizioni costituzionali. Il consigliere provinciale Urzì che fa uso del suo diritto di audizione, sollecita la Convenzione dei 33 a non discutere di secessione e autodeterminazione (il tema della Convenzione dei 33 è il potenziamento dell'autonomia). Il presidente Tschurtschenthaler legittima una discussione aperta sull'autodeterminazione, sottolineando che è uno dei cinque macrotemi individuati dalla Convenzione del 33 attraverso il consenso.

Il potenziamento dell'autonomia e della tutela delle minoranze sono l'obiettivo. Viene fatto presente che l'autonomia territoriale non è il risultato di un diritto di autodeterminazione dei sudtirolesi ma una manifestazione di una particolare tutela delle minoranze. L'autodeterminazione interna dovrebbe condurre ad una "vera autodeterminazione interna" senza limiti (potestà di indirizzo e coordinamento e clausola di supremazia). Sulla base dei limiti e quindi del fatto che l'autonomia altoatesina è stata limitata da Roma e la giurisprudenza della Corte Costituzionale spesso è risultata a sfavore dell'Alto Adige, si può parlare solo di un' "autonomia parziale", per cui vi è l'auspicio di un'autodeterminazione esterna.

Il processo sociale dell'autodeterminazione nel settore socio-politico, economico e culturale è già stato avviato. Se l'Alto Adige/Südtirol dovesse effettuare un referendum sulla successione con esito eventualmente negativo, la questione sudtirolese potrebbe diventare una questione puramente interna allo Stato; viene fatto presente che dal punto di vista del diritto internazionale non si arriverebbe a tanto.

È importante che l'autodeterminazione venga considerata un processo sociale legittimato democraticamente, che rappresenta una situazione vantaggiosa per tutti i gruppi linguistici dell'Alto Adige (situazione „win-win“; „Comunità di interessi altoatesina“). In quel caso si potrebbe parlare sia di autonomia sia di autodeterminazione (riferimento al Good Friday Agreement). Non sarebbe corretto mettere sullo stesso livello autodeterminazione e indipendenza o secessione. L'indipendenza è un possibile obiettivo del processo di autodeterminazione; un obiettivo però potrebbe essere anche quello di mantenere lo status quo.

Attraverso la manifestazione di volontà del popolo all'interno di un processo aperto ai risultati potrebbe essere avviato un processo di autodeterminazione bilaterale e quindi non unilaterale. Si potrebbe chiedere propedeuticamente alla popolazione se vuole avviare un simile processo di autodeterminazione (sulla scorta di quanto sostenuto dall'esperto di diritto internazionale Felix Ermacora). Un processo istituzionalizzato in merito "all'argomento ricorrente dell'autodeterminazione" non è una votazione con esito positivo o negativo, ma ammetterebbe un

dialogo irreprensibile che libererebbe “le forze in senso positivo” e nel quale verrebbero chiariti tutti gli aspetti politici e sostanziali. L’obiettivo potrebbe essere un ampio “processo di auto definizione” in merito alla democrazia diretta e alla sua conseguente partecipazione” (diritto internazionale Daniel Turp) sul tema dell’autodeterminazione che coinvolgerebbe i cittadini dei tre gruppi linguistici autoctoni che vivono in Alto Adige nonché i nuovi e le nuove sudtirolesi. Così un Alto Adige indipendente potrebbe avere un “codice sorgente plurilinguistico” che di per sé si basa sul plurilinguismo ed entro il quale nessuno dovrebbe dichiararsi appartenente ad un gruppo linguistico.

Nell’esercizio del diritto di autodeterminazione come processo è necessario analizzare i possibili scenari futuri nonché simulare la capacità di sopravvivenza economica. Il processo consisterebbe sia di una parte di contenuto sia politica (trattative, ricerca di alleati, elaborazione di una proposta concreta e presentazione a Roma). Il tema dell'autodeterminazione come processo potrebbe venire discusso in una Convenzione 2.0, per cui anche separatamente dalla Convenzione sull’autonomia.

Rispetto ad altre regioni i sudtirolesi e le sudtirolesi non hanno mai avuto il diritto di votare se l’Alto Adige/Südtirol debba rimanere o non rimanere presso l’Italia. Una consultazione popolare spetterebbe ai sudtirolesi anche sulla base del principio di parità costituzionalmente sancito.

d) Preambolo nello Statuto di autonomia: funzioni e possibili contenuti

Dal punto di vista giuridico un preambolo non avrebbe un effetto vincolante bensì un carattere interpretativo dal punto di vista declaratorio e servirebbe ad elencare dei principi.

Concretamente nel preambolo dello statuto possono venire fissati: l’ancoraggio internazionale dell’autonomia sudtirolese (Accordo Gruber-Degasperi; differenze rispetto ad altre autonomie italiane ed europee); principio dell’integrazione europea; principio della collaborazione transfrontaliera (riferimento alle regioni vicinore, alla Regione europea Tirolo-Alto Adige-Trentino ed ai territori nell’Arco Alpino); potrebbe essere contenuta anche la funzione di tutela dell’Austria.

Un processo di integrazione europea coronato dal successo è possibile solamente attraverso le regioni quali „emerging powers“. In tempi di globalizzazione si vive una denazionalizzazione nonché una perdita di importanza degli Stati nazionali. In futuro gli Stati nazionali perderanno il loro potere pur rimanendo „custodi dei trattati“. La collaborazione transfrontaliera tra gli enti aprirebbe le porte ad un processo di integrazione europeo.

Di seguito le posizioni sull’ancoraggio del diritto di autodeterminazione nel preambolo e/o nello Statuto: il diritto di autodeterminazione deve essere recepito nel preambolo con la potestà di poter decidere liberamente sulla propria appartenenza ad uno Stato; il diritto di autodeterminazione deve essere ancorato più nettamente nel preambolo, poiché in tal modo l’Alto Adige/Südtirol può esercitare una certa pressione ed assicurarsi peso per il potenziamento dell’autonomia con l’obiettivo finale della secessione e della separazione dall’Italia: il Libero Stato sarebbe una fase intermedia rispetto ad una riunione successiva con la madrepatria austriaca (il risultato non dovrebbe essere ancorato nello Statuto, il processo democratico bilaterale invece dovrebbe esserlo come opzione); nel preambolo bisognerebbe fare riferimento al diritto di autodeterminazione democratico dei tre gruppi linguistici che sono rappresentati in Alto Adige/Südtirol; deve venire ancorato il riconoscimento del diritto di autodeterminazione; il diritto di autodeterminazione dovrebbe essere presente sia nel preambolo che nella parte normativa dello Statuto (quale processo di autodeterminazione che si basa su trattative

bilaterali); di fatto una „proceduralizzazione“ del diritto di autodeterminazione nello Statuto esulerebbe non solo dalla cornice indicata dalla legge provinciale n. 3 del 2015, ma sarebbe anche irrealistica e la definizione di un simile processo sarebbe caratterizzata da un alto potenziale conflittuale; una previsione del diritto di autodeterminazione come processo pacifico nello Statuto di autonomia (livello costituzionale) diminuirebbe il diritto di autodeterminazione (livello di diritto internazionale) quale diritto sovraordinato per l'Alto Adige/Südtirol poiché sarebbe ancorato ad un altro livello; non è necessario indicare il diritto di autodeterminazione nello Statuto poiché vi si potrebbe far riferimento in qualsiasi momento.

Si rimanda anche alla norma di attuazione n. 266/92 (Contenuti e metodo dell'elaborazione) come una sorta di preambolo. Concretamente si propone un'audizione dei ministeri responsabili italiano ed austriaco.

3. Allegati

- Decreto legislativo n. 266/1992
- Patto internazionale sui diritti economici, sociali e culturali 1 - 1966
- Atto finale della conferenza OECD di Helsinki del 1975
- Dichiarazione di Vienna sui Diritti dell'uomo del 1993